

Schutz der Ressourcen zu verbinden. Von 1990 bis 2005 habe man den Energieverbrauch pro Einheit am BIP um 46% senken können.

Die Berichterstattung zur Umweltministerkonferenz machte auch den Druck deutlich, der auf China in dieser Frage aus dem Ausland ausgeübt wird. Die chinesische Regierung ist sich ihrer negativen Rolle als Klimasünder durchaus bewusst, wehrt sich aber zugleich gegen die Anschuldigungen. Da China aber selbst von den Folgen des Klimawandels wie Überschwemmungen, Dürren u.Ä. immer stärker betroffen sein wird und zugleich das ungebremste Wirtschaftswachstum als Voraussetzung für die Legitimität der Regierung gesehen wird, steckt Letztere in einem ernsthaften Dilemma. Auch in China sind Umweltschädigungen vielfach Ursache für Bevölkerungsproteste. Die Umweltbehörde ist daher schon seit längerem ernsthaft entschlossen, gegen Umweltsünder vorzugehen. So verhängte sie gegen die Jilin Petrochemical Company, die im November 2005 für die Vergiftung des Songhua-Flusses verantwortlich war, die Höchstbuße von 1 Mio. CNY (125.000 USD) und will künftig mit Hilfe einer Datenbank gelisteten Umweltsündern unter den Unternehmen Bankkredite sperren lassen. Von Ministerpräsident Wen bekam die Behörde indirekt Unterstützung, der in seinem Bericht beklagte, dass viele rückständige Produktionsstätten von den Lokalbehörden nicht wie geplant geschlossen worden seien. (ST, 6., 13., 29.2.07; SCMP, 6.2., 1.3.07; XNA, 25.1., 22.2.07; WSJ, 27.2., 6.3.07; FAZ, 15.3.07; FTD, 18.3.07)

Außenwirtschaft

Margot Schüller

Neue Behörde für die Anlage von Devisenreserven

Während der Tagung des Nationalen Volkskongresses (NVK) kündigte der chinesische Finanzminister Jin Renqing an, dass der Staatsrat die Gründung einer staatlichen Investmentgesellschaft für die Anlage von Devisenreserven genehmigt hat. Zukünftig soll diese Investmentgesellschaft für einen Teil der Devisenreserven die profitabelsten und sichersten Anlagemöglichkeiten finden.

Die Devisenreserven erreichten Ende 2007 ein Niveau von 1.066 Mrd. USD. Derzeit steigen die Devisenreserven um monatlich rd. 20 Mrd. USD vor allem aufgrund des Außenhandelsüberschusses. Da die Regierung die Devisenkontrolle aufrechterhalten will, muss sie alle ins Land strömenden Auslandswährungen kaufen und anschließend zur Sterilisation der negativen Auswirkungen – so erhöhen diese die Geldmenge und sind eine Inflationsgefahr – im Ausland wieder anlegen.

Welche Struktur die neue Investmentgesellschaft haben wird, ist noch nicht bekannt gegeben worden. Angeblich soll sie im Rang eines Ministeriums angesiedelt werden und direkt dem Staatsrat unterstehen. Bisher ist die Devisenbehörde SAFE verantwortlich für die Anlage von Devisenreserven. Ausländische Analysten spekulieren, dass das neue Unternehmen dem Modell der singapurianischen Investitionsgesellschaft Temasek Holdings folgen könnte.

te. Ihren Schätzungen nach könnte die Investmentgesellschaft ein Volumen von mindestens 300 Mrd. USD auf den Markt bringen. Damit wäre diese Investmentgesellschaft die finanzstärkste in Asien.

Es wurden bereits Befürchtungen von Analysten geäußert, dass die chinesische Regierung über mögliche spekulative Anlagen die Aktienkurse weltweit oder die US-Zinssätze beeinflussen könnte. Hierauf reagierte der US-Finanzminister Paulson in einem Interview. Er wies darauf hin, dass die chinesischen Anleihen im Ausland lediglich dem Umsatzvolumen eines einzigen Handelstages am globalen Markt für Anleihen entsprechen würden. (FT, 10.3.07; HB, 12.3.07; WSJ, 9. und 10.3.07)

USA drängen auf höheres Reformtempo

Während seines Besuches der Shanghaier Terminbörse im März 2007 forderte der US-amerikanische Finanzminister Henry Paulson die chinesische Regierung in einer Rede dazu auf, eine schnellere marktorientierte Veränderung der Kapitalmarktstrukturen durchzuführen. Vor allem sollte der Kapitalmarkt gegenüber ausländischen Finanzinstituten, Versicherungs- und Fondsgesellschaften geöffnet und damit mehr Wettbewerb zugelassen werden. Notwendig seien außerdem eine Verbesserung der Regulierung, der Buchführungsstandards sowie die Entwicklung des Anleihen- und Derivatemarktes. Paulson wies darauf hin, dass die Risiken bei einer langsamen Umsetzung von Reformen größer wären, als wenn ein transparenter, liquider und stabiler Kapitalmarkt aufgebaut würde. Paulson räumte allerdings ein, dass die Divergen-

zen zwischen den USA und China nicht hinsichtlich der Richtung des Wandels bestehen, sondern in der Geschwindigkeit der Veränderungen liegen würden.

Paulsons Rede wird in den ausländischen Medien einerseits als Zeichen dafür interpretiert, dass die US-Regierung auf weitere marktwirtschaftliche Reformen in China drängt. Seit seiner Amtsübernahme vor sechs Monaten hat Paulson bereits dreimal China besucht und jedes Mal eine schnellere Marktöffnung gefordert. Andererseits steht die Rede dafür, dass Paulson eine verständnisvollere Haltung gegenüber der umstrittenen Wechselkursanpassung und des chinesischen Überschusses im bilateralen Handel mit den USA einnimmt. Die Beijinger Regierung hatte wiederholt auf die Risiken einer starken Wechselkursveränderung bzw. einer unbeschränkten Konvertibilität für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung hingewiesen. Weitere Konfliktthemen sind außerdem die Produktpiraterie und die Fälschung von Software, pharmazeutischen Produkten, DVDs sowie anderen Produkten.

Kurz nach seinem Amtsantritt hatte Paulson außerdem angekündigt, einen „strategischen Wirtschaftsdialog“ zwischen hochrangigen Regierungsvertretern beider Länder in Gang zu setzen, um den Handlungsdruck auf die chinesische Regierung zu erhöhen. Während des letzten Besuches in Beijing traf Paulson mit der stellvertretenden Ministerpräsidentin Wu Yi zusammen, die im strategischen Dialog die chinesische Seite vertritt. Es wird davon ausgegangen, dass Paulson auf Veränderungen bis Mai gedrängt hat. Dieser Termin ist deshalb von Bedeutung, da Wu Yi dann mit einer

Delegation in die USA reisen wird.

Konflikte im bilateralen Handel zwischen den USA und China bestehen jedoch auch weiter beim Antidumping. So kündigte die US-Regierung an, dass sie wirtschaftliche Sanktionen gegenüber China zum Schutz der inländischen Papierhersteller vor unfairem Wettbewerb durch chinesische Unternehmen verhängen wird. Vorgeesehen sind Zölle in Höhe von 10,9-20,4% als Sanktion gegenüber den subventionierten Lieferungen aus China. (IHT, 9.3.07; SCMP, 28.2.07; *The Straits Times* Interactive, 31.3.07)

Steuerliche Bevorzugung ausländischer Unternehmen läuft aus

Zum 1. Januar 2008 wird die steuerliche Bevorzugung ausländischer gegenüber inländischen Unternehmen aufgehoben. Allerdings wird es Ausnahmen und Übergangsfristen geben.

Die Abgeordneten des NVK stimmten für die Veränderung der Unternehmensbesteuerung mit 2.826 zu 37 Gegenstimmen und 22 Enthaltungen. Die gesetzliche Veränderung ist ein Schlusspunkt unter eine langjährige Diskussion um die steuerliche Bevorzugung ausländischer Unternehmen. Mit der Gesetzesanpassung wird ab Januar 2008 ein Steuersatz von 25% für alle Unternehmen gelten. Derzeit zahlen ausländische Unternehmen 15% und kommen in den Genuss von sonstigen Steueranreizen. Diese haben den Zufluss ausländischer Investitionen, verbunden mit Transfer von Technologie und Know-how nach China positiv beeinflusst. Allerdings wurde die unterschiedliche steuerliche Behandlung

in den letzten Jahren von den inländischen Unternehmen zunehmend kritisiert.

Um die Auswirkungen der steuerlichen Anpassung abzufedern, sieht das Gesetz eine Übergangsfrist von fünf Jahren vor. Für ausländische Unternehmen wird der Steuersatz in den nächsten fünf Jahren jeweils um 2% steigen. Ausnahmen sollen auch zukünftig für bestimmte Industriebereichen und Investitionsprojekte gelten. Steuerliche Anreize für Investitionen in den Umweltschutz, in die Agrarentwicklung, Wasserkonservierung, Produktionssicherheit, Hightechentwicklung und öffentliche Wohlfahrt werden weiterhin bestehen bleiben. Nach Angaben des Handelsministers Bo Xilai werden mit Auslandskapital finanzierte Unternehmen im Hightechsektor nach wie vor lediglich 15% Steuern bezahlen müssen. Für kleine und mittelgroße ausländische Unternehmen, die geringe Gewinne aufweisen, wird ein Steuersatz von 20% gelten.

Bo Xilai wies in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Xinhua darauf hin, dass die Vereinheitlichung der Unternehmensbesteuerung dazu beitragen wird, eine faire Wettbewerbssituation zu schaffen.

Zu diesen kleineren und mittelgroßen ausländischen Unternehmen (KMU) zählen insbesondere solche aus Hongkong, Taiwan und Macao. Nach Angaben des Finanzministers Jin Renqing zählen rd. 60% der Unternehmen aus dieser Region zu der genannten Kategorie.

Als KMU gelten bisher nach einer Definition des Statistikamtes solche Industrieunternehmen, die bis zu 300 Angestellte oder bis zu 30 Mio. CNY Umsatz haben.

Es wird damit gerechnet, dass Lokal-

regierungen aufgrund der steuerlichen Anpassung versuchen werden, ausländische Investoren zu finden, die in Hightechsektoren mit niedrigen Steuersätzen investieren wollen.

Ob sich ausländische Unternehmen durch die Steueranpassung um 10% von einer Investition in China abschrecken lassen, bleibt abzuwarten. So geht Joseph Lee, zuständig für Steuerfragen bei Ernst & Young in Beijing, davon aus, dass dies nicht der Fall sein wird: „What weighs in their decision is China's huge market potential. The appeals are not only confined to preferential tax policies.” (Xinhua News Agency, 16.3.2007, in: www.china.org.cn.)

Aus Sicht von Terence Tang, Abteilungsleiter Immobilieninvestitionen in China bei Jones Lang Lasalle, haben ausländische Investoren in China normalerweise eine längere Geschäftsperspektive: „Such companies put billions of dollars into China, while those who are not making money now would not need to pay corporate taxes anyway, so any increase in rates will not make much of an impact”. (*The Straits Times* Interactive, 5.3.07)

Die Staatsunternehmen zählen zu den Gewinnern dieser steuerlichen Anpassung. Diese Unternehmen haben bisher die höchsten Steuersätze von 33% zu zahlen.

Neben einer Gleichstellung von in- und ausländischen Unternehmen und damit einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit inländischer Unternehmen in der Besteuerung wird das Gesetz auch Einfluss auf die regionalen Unterschiede ausüben. So waren die Sonderwirtschaftszonen und sonstige mit Sonderrechten ausgestattete Gebiete aufgrund der steuerlichen Vergünsti-

gungen Hauptziel für Auslandsinvestoren geworden. Zumindest steuerlich wird es zukünftig keine regionalen Unterschiede mehr geben. Klare Signale setzt die neue Steuerregelung auch für die Innovationspolitik. So werden damit Anreize für die Restrukturierung der Wirtschaft und Investitionen in Engpassbereiche wie Infrastruktur und Agrarsektor gesetzt. (Xinhua News Agency, 16.3.2007; *The Straits Times* Interactive, 5.3.07; SCMP, 10.3.07; BBC PF, 16.3.07)

Binnenwirtschaft

Margot Schüller

Wirtschaftliche Erfolge im Jahr 2006 und Ziele für 2007

Währung der Tagung des nationalen Volkskongresses im März 2007 legte die Nationale Entwicklungs- und Reformkommission (NRDC) ihren Bericht über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung für 2006 und die Entwicklungsplanung für 2007 vor. In einer Zusammenfassung stellte die Nachrichtenagentur Xinhua die wichtigsten Ergebnisse und Eckdaten des 35-seitigen Berichtes vor.

Ergebnisse des Jahres 2006:

- Anstieg des BIP-Wachstums um 10,7%
- Erhöhung der Regierungseinnahmen um 24,3%
- Für die Landwirtschaft, die ländlichen Gebiete und die Bauern wurden 339,7 Mrd. CNY verwendet, dies waren 42,2 Mrd. CNY mehr als zuvor.
- Die Agrarsteuer sowie die Steuern auf landwirtschaftliche Spezialitäten wur-